

Verbannung auf sich nahm, ohne ihnen untreu zu werden.

Aus diesem nationalen und freiheitlichen Geiste wurde die Deutsche Fortschritts-partei geboren. Am 9. Juni 1861 kam in Form eines Wahlaufrufs ihr Wahlprogramm heraus. Ein Kernsatz darin war: „Wir sind einig in der Treue für den König und in der festen Überzeugung, daß die Verfassung das unlösbare Band ist, welches Fürst und Volk zusammenhält. . . Für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein; im Interesse einer nachhaltigen Kriegsführung aber erscheint uns die größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden geboten.“ Eine strenge und konsequente Verwirklichung des Rechtsstaats, ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, eine auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung gestützte Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung, eine Reform des Herrenhauses wurde verlangt. Unterzeichnet war der Wahlaufruf von Männern wie Virchow, Mommsen, Fockebeck, Hoberbeck, Langerhans, Franz Ducker, von Unruh, Schulze-Delitzsch und anderen. Diese Namen wie die von ihnen vertretenen Gedanken übten im Lande eine zündende Wirkung, so daß das erste Wahlergebnis alle Erwartungen übertraf. Die Werbekraft hielt auch während der preußischen Konfliktzeit vor. Die konservative Fraktion ging bis auf zehn Mitglieder herab.

Nun aber kamen Kriege, zuerst 1864 mit Dänemark, dann 1866 mit Österreich. Der Sieg war bei den preußischen Fahnen, und der Stern

Bismarcks stieg immer glänzender empor. Als nun gar die preußische Regierung beim deutschen Bundestag die Einberufung eines Parlaments aus direkten Wahlen nach allgemeinem, gleichem Stimmrecht behufs Reform der Bundesverfassung beantragte und für die budgetwidrige Verausgabung von Geldsummen Indemnität nachsuchte, als zu den alten preußischen Provinzen die neu-eroberten hinzutraten, da schlug in einem Teil des liberalen Bürgertums die Stimmung um. Es entstand die Nationalliberale Partei.

Im Juni 1867 wurde ihr Programm veröffentlicht, hinter welchem Männer wie Bennigsen, Bunsen, Fockebeck, Hamacher, Lascher, H. V. Oppenheim, Rickert und Twesten standen. Sie wollten mitarbeiten, um den deutschen Staat und die deutsche Freiheit zu erringen. Denn sie glaubten, daß jeder Schritt zur Einheit zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiet der Freiheit sei oder doch den Antrieb dazu in sich trage. Aber sie verlangten von der Regierung Gesetzesstrenge und Reformen im Reiche wie in Preußen. Anderen Fraktionen der liberalen Partei wollten sie nicht feindselig gegenüberreten, denn sie fühlten sich eins mit ihnen im Dienste der Freiheit.

Das gegenseitige Verhältnis gestaltete sich tatsächlich einigermaßen zufriedenstellend. Nur als die Kämpfe um den Militäretat begannen und die Nationalliberalen eine Bewilligung auf sieben Jahre für zweckmäßig hielten, verschärften sich die Gegensätze. Auch bei den Reichsjustizgesetzen traten stärkere Meinungsverschiedenheiten hervor. Folgenreicher waren indes die Ereignisse, die sich an das Schreiben des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1878 knüpften. Mit diesem Briefe wurde